

Lübener Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

(Telephon Nr. 926.)

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,50. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 40629, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Spalte oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., answärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 115.

Mittwoch den 21. Mai 1902.

9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Wahlrüstungen.

Langsam beginnen sich die Parteien und ihre Blätter bereits mit den nächsten Wahlen zu beschäftigen. Es mag als ein Beweis für den Rückgang der agrarischen Strömung betrachtet werden, daß die Landhändler der Ersten sind, die sich rühren und ihre Leute im Lande mit schlecht verhehlter Besorgniß auffordern, an die allmähliche Vorbereitung des Wahlkampfes heranzugehen. Die agrarische Strömung, das freche Hervordringen des junkerlichen Sonderinteresses vor dem allgemeinen Interesse, die des letzten Restes von Scham entkleidete Venetepolitik, mangelt völlig der Elemente, die ihr dauernden Bestand verleihen. Dieser Agrarummel ähnelt in vielem dem antisemitischen Abwardtrabau im Anfange der 90er Jahre; ja theilweise sind sogar die Akteure ein und dieselben Personen. Aus dem antisemitischen Zusammenbruch haben sie sich zur Futtermühle des Bundes der Landwirthe hinübergerettet. Wie die Wählerchaft des blöden Getraides der Antisemiterei überdrüssig geworden ist, scheint sie jetzt einen Ekel vor dem agrarischen Nothstandsgejammer zu empfinden, und wie es scheint, werden die nächstjährigen Reichstagswahlen den Agrariern schwere Enttäuschungen bringen. Dies Gefühl herrscht auch in den Kreisen der Agrarier vor.

Der Zentrumsagrariere Dpfergelt hat erst dieser Tage in einer Bauernversammlung seine Wähler gewarnt vor einer Taktik, welche die Zollvorlage in die nächste Legislaturperiode verschleppen könne, und wörtlich dies begründet: „Niemand wird wieder ein so agrarisch gesinnter Reichstag zusammen sein, wie der gegenwärtige.“ Darin liegt das Eingeständniß, daß die Agrarier verspielt haben. Sie wissen, daß das arbeitende Volk ihnen eine schwere Niederlage bereiten wird, wenn sie ihm in den Wahlen gegenüber treten, und es entspricht ganz ihrer vorherigen schamlosen Auswüchserpolitik, wenn sie nun sagen: nur kein Zögern, schnell noch die Zollbeute in Sicherheit bringen, damit das Volk sie uns nicht noch entreißt.

Zum Glück aber sprechen alle Anzeichen dafür, daß so schnell die agrarischen Schnapphähne nicht laufen werden. Die Sozialdemokratie wird ihnen den Weg mit so vielen Hindernissen pflastern, daß sie vor den Wahlen mit dem Zolltarif nicht mehr fertig werden. Dann hat das Volk zu sprechen, und dessen Urtheil wird die Macht der Agrarier zerbrechen.

Auch die „Deutsche Tageszeitung“, das Berliner Zentralorgan der Brodwucherer, läßt durch den dicken Dertel zum Sammeln blasen. Es kündigt die allgemeinen Reichstagswahlen für spätestens den Frühsommer des nächsten Jahres an. Doch könnten die Wähler auch wesentlich früher zur Wahlurne berufen werden. Mit letzterem wird sich der dicke Dertel der Brodwucherer wohl läuschen. Die Regierung wird nicht so dumm sein, den Reichstag aufzulösen, noch dazu gewissermaßen in zwölfter Stunde. Denn in den Aufregungen einer solchen Wahl käme erst recht kein der Regierung genehmer Reichstag zu Stande. Höchstens könnte es geschehen, daß die Regierung den ganzen Reichstag zurückzöge, um ihn auf den nächsten Reichstag zu verschieben, und in solchem Falle ist freilich Niemand im Stande zu sagen, zu welchem Termine die Neuwahlen stattfinden.

Nun fordert der Oberagrariere Dertel die Brodwucherer auf, überall im Lande die Wahlvorbereitungen zu treffen, der Kandidatenfrage näher zu treten und sie womöglich entgültig zu regeln.“ Unter den Abgeordneten sei eine große „Parlamentarismädigkeit“ eingerissen. Bei der Auswahl neuer Kandidaten solle man auf die „Gewähr der Zuverlässigkeit“ den größten Werth legen. „Der Bund der Landwirthe denkt selbstverständlich nicht daran, die Zirkel der politischen Parteien zu stören, aber es muß selbstverständlich und pflichtgemäß von den Kandidaten, die er unterstützen soll, verlangt werden, daß sie in agrarischen Dingen unbedingt zuverlässig seien.“

Auch diese Auslassung zeigt die Verlegenheit, in welche die Brodwucherer kommen, je näher die Neuwahlen heranrücken. Es ist im Reichstage längst kein Geheimniß mehr, daß ein erheblicher Theil der gegnerischen Abgeordneten des bündlerisch-agrarischen Druckes müde sind und lieber auf die Reichstagsstätigkeit gänzlich verzichten, als sich unter die Fuchtel des Landbundes beugen und bei den Abstimmungen von den Dertel, Wangenheim, Hahn zu kontrolliren lassen. In dieser Richtung hat bereits der bisherige Kampf um den Zoll erfreuliche Klärung gebracht. Bis tief in die Reihen der Kreuzzeitungs-Konservativen geht die Zustimmung, denn schließlich finden die Konservativen doch besser ihre Rechnung, wenn sie mit der Regierung, anstatt gegen sie marschiren. Bei den bevorstehenden Neuwahlen werden sich auch die Parteien, bis zu den Nationalliberalen hinüber, nicht mehr so leicht für den Brodwucher einspannen lassen, wie bei den 98er Wahlen. In einem erheblichen Theil der Kreise, die sich im

Besitze der Gegner befinden, verliert heute der Kandidat alle Aussicht, wenn er sich offen für den Brodwucher erklärt. Das wissen die Agrarier und daher ihre ängstliche Sorge, schon jetzt die Kandidaten der verschiedenen Parteien auf den Brodwucher zu verpflichten. Sie werden schwere Enttäuschungen erleben.

Doch nicht bloß die Agrarier, sondern auch die Regierung selbst befürchtet offenbar bei den kommenden Wahlen einen starken Rückgang nach links und eine weitere Schwächung ihrer bisherigen Mehrheit. Das zeigt die wahrhaft Stummische Art, in der sie jetzt die Beamten, die von ihr abhängig sind, in der freien Ausübung des Wahlrechts zu hindern sucht. Der Ukas des Berliner Polizeipräsidenten, der jeden Beamten mit „unnachlässiger Entlassung“ bedroht, der, sei es auch nur aus Unkenntniß, sozialdemokratisch wählt, hat viel Aufsehen erregt. Der Ukas zeigt, wie der Hase läuft. Ähnliche Ukase werden nun auch wohl anderwärts an die Unterbeamten gerichtet werden, um der Regierung bei den Reichstagswahlen eine verlässliche Beamtengarde zu sichern, die zu ihrem Theile hilft, die regierungsgenehmen Kandidaten durchzubringen.

Danach scheint auch die Regierung mit Hochdruck arbeiten zu wollen, um im Wahlkampfe Eroberungen zu machen. Bülow fühlt sich als ein Stückchen Bismarck und versucht sich in dessen Mitteln. Er wird wenig Glück damit haben, denn die deutsche Sozialdemokratie ist inzwischen zu groß geworden, als daß man sie niederdrücken könnte, durch die Einschüchterung der Beamten, durch die Drohmittel des Königs Stumm, und was dergleichen Waffen mehr sind.

Alles in Allem aber zeigen die Wahlvorbereitungen, daß wir einem heißen Kampfe entgegen gehen. Deshalb gilt es auch auf unserer Seite zu rüsten. Stärkt und verbreitet die Presse, sorgt für eine starke Organisation, organisiert den Kampf, organisiert den Sieg!

Bei den kommenden Neuwahlen werden wir eine uneinige, nach ihren wirtschaftlichen Interessen zerspaltete und zerfahrenere Gegnerschaft sehen — Interessensjäger, die beim Streit um die Beute sich gegenseitig in die Haare gerathen sind. Aber wir dürfen auch nicht vergessen, daß wir ihrer Aller gemeinamer Feind sind, und daß deshalb die habenden Reaktionsparteien sich noch immer alsbald einigten, wenn es gegen die Sozialdemokratie ging. Und deshalb: auf den Posten und das Pulver trocken gehalten!

Politische Mundschau.

Deutschland.

Ein neues Manöver der Zuckeragrariere. Die „Magdeburger Zeitung“ läßt sich aus Brüssel melden:

In heiligen mahgebenden Kreisen macht man sich daran, daß der Zuckervertrag in seiner jetzigen Form von den Parlamenten in Berlin, Wien, Pest und Paris nicht genehmigt und daher die Einberufung einer neuen Konferenz oder eine ergänzende diplomatische Verhandlung zwischen den Kabinetten notwendig wird.

Der Zweck dieser Tendenzmeldung ist klar: es könnte den Zuckeragrariern passen, wenn die Entscheidung in der Zuckerfrage noch bis in's nächste Jahr hinein verschleppt würde.

Der Streit um ein Kaisertelegramm. Der demokratische „Beobachter“ in Stuttgart erhält eine Zuschrift, in welcher es heißt: „Jüngst war ich in einer internationalen Zusammengehörigen Gesellschaft. (Es war an einem Luftkurort südlich des Brenner.) Oesterreicher waren zugegen, Italiener, Franzosen, Engländer. Ein österreichischer höherer Offizier zog plötzlich eine Anzahl Zeitungen aus der Tasche und wandte sich an mich mit den Worten:

„Verehrter Herr! Es ist mir wirklich ein Herzensbedürfnis, Aufschluß über etwas zu erhalten, was mich schon längst bewegt hat. Die anderen Herren der Gesellschaft können mir keine Auskunft geben; Ihnen als Deutscher ist das sicherlich möglich. Sehen Sie hier das Telegramm, das seinerzeit offiziös verbreitet und meines Wissens niemals dementirt wurde.“ Der österreichische Offizier verlas nun das bekannte Kaisertelegramm vom 7. Juli 1900 an die maßgebenden Instanzen in China, wonach sich Wilhelm II. verpflichtete, „für jeden zur Zeit in Peking eingeschlossenen Fremden jeder Nationalität, der lebend einer deutschen oder sonstigen fremden Behörde übergeben wird, Demjenigen, der die Auslieferung herbeiführt, 1000 Taels auszusahlen.“ Die Antworten, welche einzufragen, ließen keinen Zweifel darüber, daß das Angebot in China bekannt geworden war. Als dann die Entsetzung Pekings gelang, berechnete Ende August 1900 der „Asiatische Lloyd“ die ungefähre Zahl der geretteten Europäer auf ca. 1000. Bei einer Kopfszahl von 800 bis 900 wurde dann die Entschädigungssumme auf 800 000 bis 900 000 Taels berechnet, was von den einen auf 5 Millionen Mark, von den anderen auf 2 720 000 bis 3 060 000 Mark umgerechnet wurde. Die Stärke der internationalen Gruppen, welche damals die Eingeschlossenen befreiten, wurde auf 18 000 Mann geschätzt. Seder Be-

theiligte hätte somit 260 bis 300 Mark erhalten sollen. „Ich gestatte mir nun,“ so schloß der österreichische Offizier, „die höfliche Frage, ob diese Summe wirklich zur Auszahlung gekommen ist, wie man bei der Vertheilung vorging und warum wohl über die ganze Angelegenheit nichts mehr bekannt geworden ist.“

Der Deutsche, an den die Frage gerichtet wurde, war verblüfft, er mußte gestehen, keine Auskunft geben zu können. Ein französischer Offizier mischte sich dazwischen und versicherte, daß an Franzosen nichts ausgezahlt worden sei. Der Deutsche erklärte, Erkundigungen einzuziehen zu wollen und erhielt postwendend folgende Antwort: „Selbstverständlich nichts ausgezahlt; die Bedingungen des Angebots nicht erfüllt; weder „Auslieferung“ stattgefunden, noch sind Gerettete Fremden „übergeben“ worden. Jene haben sich durch fast 6 Wochen selbst verteidigen müssen. So in den angesehensten deutschen Zeitungen seiner Zeit begründet.“ Der Deutsche glaubte nun triumphieren zu können, aber die Fremden waren anderer Meinung. Nach einem peinlich langen Schweigen meinte der österreichische Offizier mit selbstsamem Achselzucken:

„Wie ich weiß, war es ein deutscher Kaiser, ein Hohenzoller, kein Hohenzoller, welches Haus damals noch klein war, dem die Worte nachgerühmt wurden: „An einem Kaiserworte soll man nicht deuteln und düsteln.“ Wie dem auch sei, so ist doch meine Ansicht, — und die Herren stimmen mir vielleicht zu — daß die Auslegung eines Kaiserwortes, das vor der ganzen Welt in solch bestimmter Weise abgegeben wurde, nicht Sache der Parteipresse ist, sondern hierüber sollte vom Kaiser selbst oder einer anderen amtlichen Stelle Anschluß gegeben werden. So lange das nicht geschehen ist, ist für mich die Angelegenheit noch nicht erledigt. Es fragt sich also nur, ob eine solche amtliche Stellungnahme zu jenem Kaisertelegramm unterdessen erfolgt ist und in welcher Richtung. Ich habe hierüber bis heute nichts erfahren können.“

Niemand war in der Lage, auch ich nicht, bestimmte Angaben machen zu können. Darum ersuche ich Sie, mir weiteren Rath zu ertheilen, um den Ausländern so entgegenzutreten zu können, wie ich es als Deutscher wünsche.“

Auch der „Beobachter“ war außer Stande, mit Rathschlägen zu dienen. Vielleicht wendet sich nun der neugierige Briefschreiber an Bülow oder an Waldersee direkt um Auskunft.

Die 13. Generalversammlung des deutschen Bergarbeiterbundes, die in Essen stattfindet, wurde Sonnabend Nachmittag eröffnet, nachdem am Vormittag eine geheime Verhandlung der Vertrauensmänner vorausgegangen war. Anwesend sind u. a. die Reichstagsabgeordneten Bernstein und Sasse und sieben Delegirte der österreichischen Bergarbeiter. Delegirte aus Belgien und Frankreich wurden noch erwartet. Zum Vorsitzenden wurde Sasse gewählt.

Junfer und Lehrer. Die „Preussische Lehrerzeitung“ erzählt: Ein junger Kollege wurde unlängst auf eine ein-klassige Schulstelle einer Gegend Hinterpommerns versetzt. Des jungen Lehrers erster Gang war der zum Herrn Patron. Im Laufe des Gesprächs gab er seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß die Lehrer in diesem Orte so sehr wechselten; er sei der einundzwanzigste in etwa fünfzig Jahren; es müsse doch diese traurige Erscheinung in ungünstigen Stellenverhältnissen begründet liegen. Dabei könne die Schule aber unmöglich gedeihen. Da öffnete der Herr Patron seinen Mund zu dem klaffenden Ausspruch: „Mir ist den Teufel was daran gelegen, daß die Kinder etwas lernen! Je weniger, desto besser. Ich habe kein Interesse daran; im Gegentheil: die Arbeiter werden zu flug! Keiner will hier mehr etwas mehr thun, und die Schuld daran trägt die Schule mit ihrer Bildung! Glauben Sie mir, die Schulbildung ist die Ursache unserer großen sozialen Fehler! Wenn die Jungen nur lernen, einen vernünftigen Diener zu machen, so hat die Schule genug erreicht!“ Das ist ein Junfer, der aus seinem Herzen keine Mordgrube machte. Ähnlich denken sie alle, nur sagen sie's nicht immer so frei heraus.

Wieder ein kaiserliches Denkmalgeschenk. Diesmal geht es aber nicht nach Italien, sondern nach Amerika als Dank für den „glänzenden und herrlichen Empfang“ des Prinzen Heinrich; und nicht handelt es sich um einen Dichter, sondern um das Standbild eines Fürsten, um Friedrich II., den sogenannten „Großen“. Obwohl es vielleicht das erste Standbild eines Fürsten in der nordamerikanischen Republik ist, und obwohl der rücksichtslose Despot und Feind der Volksaufklärung Friedrich selbstam kontrastirt zu der Freiheitsgöttin bei der Hafeneinfahrt von New-York, werden die Amerikaner höflicherweise das Geschenk annehmen. Zur Begründung seines Geschenkes führt der Kaiser aus: „In den Reden, mit denen er begrüßt wurde, ward wiederholt der thätige Erwähnung gethan, daß mein Ahn, Friedrich der Große, gegenüber der jungen amerikanischen Republik zur Zeit ihrer Entstehung eine freundliche Haltung nicht beharrt habe, indem er dadurch den Grundstein der freundschaftlichen Beziehungen legte, welche immer zwischen unseren beiden Ländern bestanden haben.“ Mit dieser freundschaft-

Haltung" ist es nun freilich bei einer nüchternen Prüfung der historischen Thatfachen nicht weit her. Wohl ist wahr, daß Friedrich II. im Oktober 1777 den von anderen deutschen Fürsten damals an England für dessen Kampf gegen die amerikanische Unabhängigkeit verkauften Soldaten den Durchzug durch sein Gebiet verweigert hat. Den Grund für dieses Verhalten bildete aber durchaus nicht Sympathie mit den amerikanischen Freiheitskämpfern und Entrüstung über die Schmach des Soldatenhandels. Er selbst spricht es in den „Mémoires de 1774 jusque à 1778" mit der ihm eigenen schlichten Nüchternheit in dürren Worten aus, daß es ihm bloß um eine „Chifane gegen England" handelte, daß ihn 1762 in der biden Tinte des siebenjährigen Krieges hatte sitzen lassen und ihm eben erst wieder in seinen Antriebsgehilfen auf Danzig Steine in den Weg gewälzt hatte. Er sagt wörtlich: „Es war nur eine kleine Rache für das häßliche Vorgehen des Londoner Hofes hinsichtlich der Stadt und des Hafens Danzig; indessen wollte der König die Sache nicht zu weit treiben; eine lange Erfahrung hatte ihn gelehrt, daß man in der Welt eine Menge Feinde findet, und daß man sich nicht selbst leichtem Herzens welche schaffen muß." So ließ er denn auch wenige Monate später, als er wegen des bayerischen Erbfolgekrieges sich mit England und Preußen nicht gut stellen wollte, das Kanonenfutter für Amerika nicht nur ohne Hindernisse, sondern unter den freundlichsten Worten sein Gebiet passieren. Bei derartig realpolitischen Anschauungen zog selbstverständlich eine amerikanische Gesandtschaft, die um eben diese Zeit Friedrichs thätiges Einschreiten gegen den tollen Skandal des Soldatenhandels verlangte, mit ebenso langer Nase wie Ohm Paul vom Deutschen Reiche ab. Das sind die einzigen Beziehungen — von einem bedeutungsvollen, nach langem Widerstreben abgeschlossenen Handelsvertrag abgesehen — die Friedrich II. zu den Vereinigten Staaten hatte.

Der Dummste in der Familie. Gar nicht übel ist der Witz, den sich in voriger Woche die Theaterzensur leistete. Am Mittwoch wurde im königl. Schauspielhaus in Berlin von Schauspielern des Dresdener Hoftheaters die Komödie „Pastors Nichte" zum ersten Male aufgeführt. In diesem Stück hat nach der Buchausgabe im dritten Akte eine Schauspielerin zu sagen: „Also Onkel Peter in Kopenhagen ist Kammerherr geworden. Ausgerechnet Onkel Peter. Der Dummste in der ganzen Familie." Wie der „Frei. Ztg." mitgeteilt wird, wurde in der Aufführung am Mittwoch das Wort „Kammerherr" ersetzt — durch „Abgeordneter". — Natürlich entrüsteten sich unterthänigliche Blätter über diese Verhöhnung der Abgeordneten. Wir nicht! bemerkt sehr treffend das „Hamb. Echo" und fügt dazu fort: So lange die Mehrzahl der „Volksvertreter" platt auf dem Bauch liegt, wenn an „hoher Stelle" ein Stimmzettel sich zeigt, so lange dürfen sich die Herren über den Witz nicht ärgern. Außerdem verfahren doch jene Personen, denen die Zensur obliegt, lediglich mit feudalen Abgeordneten von den konservativen Fraktionen; die gewöhnlichen Erfahrungen drücken sie nun in dem Witz aus.

Lord Roberts — infognito. In der Wiesbadener Festspielaufführung vom letzten Mittwoch — es wurden „die lustigen Weiber von Windsor" gegeben — sah man in der großen Kaiserloge einen Herrn in der auffallenden rothen englischen Uniform zur Rechten des Kaisers sitzen, der sich mit ihm häufig auf das angeregteste unterhielt. Die offizielle Auskunft über die Persönlichkeit lautete dahin, es sei der englische Colonel Sanderson. In Wirklichkeit ist, wie der „Täglichen Rundschau" geschrieben wird, dieser Colonel aber Niemand anderes als Lord Roberts, der in Homburg v. d. H. zur Kar weilt. Es heißt, er sei vom Kaiser direkt zu den Festspielen in Wiesbaden eingeladen worden. Die Aufmerksamkeit, mit welcher ihn der Kaiser behandelte, wurde vielfach bemerkt. Was mag wohl den Lord Roberts zu dem Infognito veranlaßt haben?

Ein Wahlbild in Ostpreußen. Bei der Reichstags-Ergebniswahl im Kreise Rastenburg-Gerdauen-Friedland sind, wie früher mitgeteilt wurde, gegen eine Anzahl sozialdemokratischer Flugblätter Vertheilungsgeld verurtheilt worden. Einer der agrarischen Brügelhelden stand am Freitag vor dem Schöffengericht in Rastenburg. Der Besitzer August Lemke aus Ruhla, ein 51-jähriger, sehr großer, hämmert gebarter Mann, hatte am 16. Februar zwei unserer Genossen fremdlich in seine Stube gerufen. Sowie die Thür geschlossen war, hat er sie angebrüllt, ob sie nicht wüßten, daß Sonntagssruhe ist, und hat dann sofort auf den Schriftlicher Fink mit einer schweren eigenen Dusterlade eingeschlagen. Fink hielt die Arme schützend vor den Kopf. An beiden Armen schielt er stark blutende Verletzungen, trotzdem die Schläge durch den starken Ueberzieher gemildert wurden. Der Angeklagte erzählte, er habe mit seiner Frau zusammen gefessen, die aus der Bibel vorlas, als unsere Genossen sein Geschäft betreten. Er sei entrüstet gewesen, daß am Sonntag sozialdemokratische Schurken vertheilt wurden. Er bestritt hartnäckig, geschlagen zu haben, sondern behauptete, er habe mit der Dusterlade nur gedroht und dabei habe sich Fink wohl „etwas gerissen". Demgegenüber behaupteten unsere beiden Genossen, daß Lemke, nachdem er sie ins Haus gelockt, das sie gar nicht betreten wollten, in der brutalsten Weise angegriffen habe. Der Richter bei der Anklage führte aus, die beiden Flugblattvertheiler hätten versucht, den Lemke durch Ueberreichen eines Blattes für die Sozialdemokratie zu gewinnen. Es sei begründlich, daß der Angeklagte erregt wurde und von seinem Hausrecht Gebrauch machte. Dabei sei er allerdings etwas zu weit gegangen. Daß er die Absicht hatte zu verlesern, sei wohl nicht festgestellt. Fink sei infolge eines unglücklichen Zufalles verletzt worden. Eine Geldstrafe von 50 Mark sei eine angemessene Sühne. Bei der Urtheilsverkündung sagte der Vorsitzende aus, es sei festgestellt worden, daß Lemke die beiden sozialdemokratischen Flugblattvertheiler rasch angriffen, ins Haus zu kommen. Dort habe er ohne jede Herausforderung losgebrüllt und mit der Dusterlade geschlagen, wodurch dem Fink an beiden Armen Wunden beigebracht wurden. In seinem Verhalten habe eine gewisse Hinterlist gelegen. Da er sah, aber die Erlösung der Sonntagssruhe genügt habe und beim Leben in der Bibel gelehrt wurde, kann ihm mildernde Umstände zugerechnet. Die Strafe wurde auf 100 Mark festgesetzt. — Ob ein Arbeiter, der in ähnlicher Weise konservative Flugblattvertheiler behandelt hätte, auch so rasch davon gekommen wäre?

Kleine politische Nachrichten. Die vom Reichstage beschlossenen Erhebungen über die beantragte Wahl des konservativen Abgeordneten Will (Lauenburg-Bütow Stolp) sind nunmehr beendet, und ihr Ergebnis ist dem Reichstage übermittelte worden. — Eine vierte Wagenklasse giebt es auf sächsischen Bahnen bisher nicht. In der Tarifkommission des württembergischen Landtags beantragte am Sonnabend der Vertreter desentrums die Einführung einer vierten Wagenklasse mit einem Tarif von 2 Pfg. pro Kilometer. Die Regierung machte keine prinzipielle Bedenken geltend und sagte genaue Berechnung der daraus sich ergebenden finanziellen Verschiebungen zu. Es wäre bedauerlich, wenn Württemberg den Schritt nach rückwärts machen wollte. — Ein allgemeiner deutscher Städtetag soll nach der „Frankfurter Zeitung" im nächsten Jahr in Dresden stattfinden gelegentlich der dort geplanten Städteausstellung. Ein Beschluß in dieser Richtung soll unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirchner seitens des Vorstandes des preussischen Städtetages gefaßt worden sein. Als Beratungsgegenstand sei n. A. in Aussicht genommen: „Die sozialen Aufgaben der Städte." — Der Gotthaische Landtag hat sein altes Bureau wiedergewählt; damit ist Genosse Bod Vizepräsident dieses Einzellaundtages geblieben. — Karl Peters, der unruhigste bekannte „Hänge-Peters", glaubt, daß in Deutschland das Andenken an die von ihm unter Mißbrauch der Amtsgewalt verübten Thaten bereits erloschen sei. Auf der Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft wird er, wie schon jetzt angekündigt, einen Vortrag halten. Mit seinen vor einigen Jahren reifemhaft angeprägten Forschungen in dem Kolonial-Obir scheint es doch nicht gewesen zu sein. — Staatsanwalt Dr. Künze hat sofort das Anklagematerial gegen die Aufsichtsratsmitglieder der Leipziger Bank übernommen, jedoch am Termin des Schwurgerichtsprozesses (Mitte Juni) festgehalten werden kann. — Die dänische Reichstagssession ist am Sonnabend geschlossen worden. — In Atlanta (Amerika) entband zwischen Polizisten und Regern ein Kampf, bei dem vier Polizisten und 5 Regler getödtet wurden. — Nach einer Meldung aus Havana bildete Präsident Palma das erste kubanische Kabinett.

Schweden. Zur Wahlrechtsreform hat die zweite Kammer am Freitag einen Antrag des Führers der Agrarier, Ronsson, mit 117 gegen 110 Stimmen angenommen, worin die Regierung aufgefordert wird, „die Frage der Wahlrechtsreform weiter zu untersuchen und zu Beginn der Session 1904 eine neue Vorlage auf der Grundlage des allgemeinen Stimmrechts einzubringen, nach der jeder Staatsangehörige, der das 25. Lebensjahr vollendet und seiner Wehr- und Steuerpflicht genügt hat, wahlberechtigt sein soll." — Danach haben also nunmehr beide Kammern die Wahlrechtsfrage bis 1904 vertagt, und die Regierung hat Zeit genug, einen entsprechenden Entwurf auszuarbeiten und vorzulegen, der dann hoffentlich den Erwartungen der Mehrheit des schwedischen Volkes entspricht, das so sehr nach dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht verlangt. — Nachdem der Reichstag die Wahlrechtsfrage vorläufig erledigt hat, wurde Sonnabend, wie es beschlossen worden war, der Generalausstand aufgehoben, der sicherlich den schwedischen Reichthümern deutlich zum Bewußtsein gebracht hat, daß die Sozialdemokratie ein Faktor ist, mit dem gerechnet werden muß.

Rußland. **Einrichtung Balmaschew.** Es war verschiedentlich behauptet worden, der Zar werde den zum Tode verurtheilten Mörder Sijpjakow, wenn das Urtheil Rechtskraft beschritten habe, zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begnadigen. Von einem solchen Gnadenakt hat aber der „Friedenszar" Abstand genommen. Wie amtlich gemeldet wird, wurde Balmaschew, nachdem der Kassationshof am 12. ds. Mts. die von seinem Vertheidiger eingelegte Revision zurückgewiesen hatte, am Freitag bereits in der Peter-Pauls-Festung in Petersburg gehängt. Der Hinrichtung wohnten im Ganzen etwa 50 Personen bei. Balmaschew ging mutig und kaltblütig in den Tod.

Hungersnoth. An Skorbut sind nach den letzten aus dem Gouvernement Ufa eingetroffenen Nachrichten dort 8000 Personen erkrankt.

Studentenelend. In einer Charkow'schen Zeitung las man jüngst folgendes vieltragendes Inserat: Ein ehemaliger Universitätsstudent, der seit längerer Zeit keine passende Anstellung gefunden hat, bittet ergebenst, ihm eine Stelle als Dvornik (Hausknecht) oder Kutscher zu geben.

Dem Verdienste keine Krone. Der Herrscher aller Reußen vertheilt alljährlich enlänglich des russischen Osterreichs, auch die Polizei in Heljingsfors, ein „Elite"-Korps, das die Aufgabe hat, die „aufrechteren Finnländer" im Zaume zu halten, wurde mit kaiserlichen Gnadenbeweisen bedacht. Der Polizeikommissar Androsjoff erhielt den Titel eines Kollegien-Registriers, sein Kollege Kaitogangas wurde mit einem kostbaren Brillantring beschenkt und die Schulente Kholm und Kolodkin empfingen Gratifikationen von 250 bzw. 300 Rubel. Die Finnländer haben dies in ihrem beschränkten Unterthanenverstand unbegreiflich und empörend. Sie saßen sich nämlich an der „Lappalie", daß die alle Gelehrten kurz vorher größere Strafen erlitten hatten, so Androsjoff wegen ungeleglicher Verfassung und falscher Anzeige 5 Monate Gefängnis, Kaitogangas wegen ungeleglicher Verhaftung und Weizeids 3 Monate Haft, Kholm wegen Trunkenheit, ungeleglicher Verhaftung, Mißhandlung und Weizeids 5 Monate und Kolodkin 2 Monate, ebenfalls wegen ungeleglicher Verhaftung. Doch nur ein neuer Beweis für Kaiserliches Gerechtigkeitssinne!

Osterreich-Ungarn. Das neue Pressegesetz, das der Ministerrath Sonnabend genehmigte und demnächst dem Abgeordnetenhaus unterbreitet, enthält, wie aus Wien gemeldet wird, als Hauptpunkt die Aufhebung des verhassten objektiven Verfassers, die Freigebung der Kolportage und die Verweigerung der Ehrenbeleidigungsklagen durch die Presse vor die ordentlichen Gerichte. Letzteres bedeutet leider eine Verschlimmerung des bisherigen Gesetzes.

Frankreich. Der Humbert-Schwindel wird Gegenstand einer Interpellation in der Kammer werden. Diese Interpellation ist von dem antiministeriellen Deputierten Mirman bereits angekündigt worden. Erstweilen fährt die Polizei fort, die Angelegenheit zu untersuchen. Man rechnete mit der Möglichkeit, daß die künftigen Schwindler sich nach Deutschland gewandt haben.

Italien. Die Unruhen der Landbewohner in der Provinz dauern fort. Täglich finden heftige Zusammenstöße mit dem Militär statt, namentlich in Süditalien, besonders in Apulien. In Putignano in der Provinz Bari kam es zu ersten Ausschreitungen, da ein Gutsbesitzer für zehn Stunden Arbeit einen Lohn von 35 Pfg. bot. 5000 Bauern durchzogen die Ortschaft, die Holzbaracken und Zolleinnahme verbrennend. Ein heftiges Handgemenge mit den Gendarmen fand statt. 7 Gendarmen und eine Frau wurden schwer verwundet. Weitere Ausschreitungen werden befürchtet.

Spanien. Alfons XIII. Einen schwächlichen, blutleeren Knaben, den nachgeborenen Sohn eines Büßlings, haben sie Sonnabend in Madrid als Alfons XIII. zum König von Spanien gekrönt. An äußerlichem Gepräge hat es dieser Feier selbstverständlich nicht gefehlt, denn die spanische Monarchie liebt es, sich und andere bei solchen Gelegenheiten durch unheimliche Verschwendung über ihren Verfall hinwegzutäuschen. An diesem Verfall selbst ändert sie dadurch freilich nichts: die Volkswirtschaft des ehemals so reichen Landes ist unentwickelt und ärmlich, die Ausbeutung des industriellen Proletariats dort, wo sich der Kapitalismus eingenistet hat, schmerzhaft; die politische Verfassung ist beständig von schweren Gefahren bedroht, der Anarchismus und die separatistischen Bestrebungen erschüttern den Bestand des Staates; die kirchliche Schandwirtschaft hält das Volk auf der denkbar tiefsten Stufe der Unbildung und Unkultur; dazu endlich die Bestrebungen der sogenannten Karlisten, die alfonsische Dynastie durch die karlistische zu ersetzen. Nach außen hin hat Spanien unter der siebenjährigen Regierung der Königin-Mutter Maria Christine den Verlust des letzten Restes des großen Kolonialbesitzes zu verzeichnen: das Land, in dessen Grenzen einst die Sonne nicht unterging, ist zur politischen Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Das wird sich auch unter Alfons XIII. nicht ändern. Während die Karlisten ihm ankündigen, seine Regierung werde nicht von langer Dauer sein, knüpfen die verschiedenen Parteien Spaniens an das Wirken dieses Jünglings ihre verschiedenen Hoffnungen: „Nach einigen Meldungen ist er ein schwächlicher Knabe, wenig begabt auch mit Geist und Charakter, nach anderen ein hochtreibender Jüngling mit lebhafter Sinnigkeit zum Waffenhandwerk. Hier wird erzählt, Alfons sei in wissenschaftlichem Geiste von freisinnigen Professoren herangebildet, dort heißt es wieder, der Reichthümer sei der Beherrscher der königlichen Familie und auch des Thronfolgers in allen Erziehungsfragen gewesen. Die Liberalen erhoffen in dem jungen Fürsten einen der ihren, da Santa Maria de Paredes, der fortschrittlich gefinnte Professor der Madrider Hochschule, ihn in die Geheimnisse der Staatswissenschaften eingeführt. Die kirchlich-konservativen erwarten in ihm einen katholischen Monarchen, und sie können sich darauf berufen, daß in der Nacht vor der Geburt des Knaben im Vorzimmer des mütterlichen Schlafgemachs die Reliquien der heiligen Theresia, der Gürtel von Tortosa und der Gürtel der Jungfrau, ausgestellt waren." So schildert ein bürgerliches Blatt die Situation. Die große Masse des spanischen Volkes schaute in dumpfer Theilnahmslosigkeit dem Gepränge der Krönung zu; sie fühlte, daß ihr dieser Jüngling auch nicht helfen kann, selbst wenn er edler Absichten und Gaben voll wäre. Ein kleiner Theil des Volkes sieht die Dinge mit klaren Augen; das ist die unter dem Namen „Fuerzas" Führende aufstrebende spanische Sozialdemokratie, heute noch ein kleines Häuflein, aber berufen, die Erretterin jenes unglücklichen Landes zu werden.

Amerika. Zum Grubenarbeiterstreik in Pennsylvania. Die Kohlenarbeiter versuchen, wie man der „Frankf. Ztg." tabelt, die Weichkohlen-Bergleute zum Streik zu bewegen. Die Zahl der Ausständigen würde dann fast eine halbe Million betragen. Der Streikbeschluß im Hartkohlengebiet wird ausnahmslos durchgeführt. Die Bergwerksbesitzer entfernen alle werthvolleren Maschinen aus den Bergwerken, da, falls das Maschinenpersonal streikt, die Gruben mit Wasser gefüllt werden.

Haiti. Zur Staatsumwälzung meldet die „Hamburgische Börsenhalle": Eine über Paris von Port-au-Prince angekommene Depesche bestätigt die Abreise des früheren Präsidenten von Haiti, Tirestas Simon Sam, mit dem Dampfer „Olinde Rodrigues". In den Provinzialstädten ebenso wie in Port-au-Prince haben sich Sicherheitskomitees gebildet, die die Ordnung aufrecht erhalten. Man erwartete für Sonnabend in Port-au-Prince die Ankunft des früheren Finanzministers Calistenes Fouchard und des Senators Senegue Pierre, beide Präsidentschaftskandidaten. Antenor Firmin, früherer Finanzminister und letzthin Ministerresident in Paris, der sich ebenfalls um die Präsidentschaft bewirbt und augenblicklich wohl die besten Aussichten hat, soll mit Hilfe der Generale Alexis Nord und Jean Yumeu im Norden eine kleine Armee zusammengebracht haben, mit welcher er auf die Hauptstadt marschirt. In Port-au-Prince selbst bewerben sich auch die beiden früheren Minister Cancrède Auguste und Cincinnatus Seconte um den Posten des Präsidenten. Der frühere Präsident Boisrond Canal (1876 bis 1879) hat dort inzwischen die vorläufige Regierung an sich gerissen. Die Nationalversammlung soll einberufen werden, um den neuen Präsidenten zu wählen. Der haitianische Admiral H. Pilla mit den beiden besten Kriegsdampfern hat sich für Antenor Firmin erklärt und ist nach dem Norden geegelt.

Westindien. Die Katastrophe auf den kleinen Antillen. Die Hoffnung, den Ausbruch einer Epidemie, besonders der Pest, auf Martinique zu verhindern, erscheint aussichtslos, obwohl alle erreichbaren Leichen mit Kerosene verbrannt werden. Es ist jedoch unmöglich, an Tausende von Kadavern, deren Verwesung bereits die Luft verpestet, herauszukommen, da die Stellen von noch stehender oder glühender Lava umgeben sind und jede Annäherung unmöglich machen. Zahllose Leichen sind auch ganz oder theilweise mit Lava und Asche bedeckt. Auf dem Lande steht überdies jede Gelegenheit zur Ausfindung und Beseitigung der Leichen. Hierzu fehlen außerdem die Mannschaften, die kaum zur Aufrechterhaltung der Ordnung ausreichen. Fort de France ist überfüllt mit Flüchtlingen. Auch droht dort der Ausbruch von

Die bevorstehenden Wahlen in Belgien.

Aus Brüssel schreibt man unserem Dresdener Partei-Organ:

Ist es schon an und für sich ein Wagnis, über den Ausfall von Wahlen Prophezeiungen anzustellen, so ganz besonders, wenn ein Land eben eine Krise überstanden hat, die ohne Zweifel tiefen Eindruck auf die Gemüther gemacht und die Anschauungen mancher Leute gewandelt hat. Indessen gestattet doch die Einrichtung des Proportionalwahlsystems, bei dem auch die Minoritäten auf eine Vertretung rechnen können, wenigstens eine Wahrscheinlichkeitsrechnung über den Verlauf der bevorstehenden Wahlen.

Die belgische Verfassung schreibt vor, daß die Kammer der Abgeordneten und der Senat alle zwei Jahre zur Hälfte erneuert werden. Diesmal sind mit den Deputiertenwahlen die Provinzen Brabant, Westflandern, Luxemburg, Antwerpen und Namur an der Reihe. Die soziale Struktur dieser Landestheile ist sehr verschieden: Industrielle Gegenden wechseln mit rein ländlichen Distrikten ab, die Bevölkerungsdichtigkeit beträgt in Brabant 390 auf 1 Quadratkilometer, in Luxemburg nur 40 auf 1 Quadratkilometer.

Neben diesen gewöhnlichen Wahlen sind aber am 25. Mai noch andere zu vollziehen: nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung ist nämlich unlangst die Zahl der Kammer-sitze von 152 auf 166 erhöht worden, Unabhängig von der Theilernerneuerung der Kammer müssen deshalb auch noch diese 14 neu geschaffenen Sitze besetzt werden.

In den Wahlkreisen, die ohnehin zur Wahl berufen sind, vollzieht sich die Vergebung der neu geschaffenen Mandate einfach nach dem Proportionalsystem. In den anderen Wahlkreisen aber, die erst in zwei Jahren wieder allgemeine Wahlen haben, wird der neue Sitz nach der einfachen Majorität vergeben. Wenn wir die Resultate der letzten Wahlen zu Grunde legen, so können wir annehmen, daß die Sitze von Gent und Alost den Merkmalen zufallen werden, die von Lüttich, Berviers, Namur, Charlevoi und Soignies aber den Sozialisten.

Die jetzige Kammer zählt 32 Sozialisten, 36 Liberale und Radikale, 1 christlichen Demokraten und 84 Merkmalen. Von diesen scheiden 10 Sozialisten, 20 Liberale und 47 Merkmalen aus.

Unsere Parteigenossen haben die fast sichere Aussicht, ein Mandat in Brüssel und vielleicht eins in Antwerpen zu erringen; die Liberalen schmeicheln sich mit der Hoffnung, einen Sitz in Brüssel, einen zweiten in Antwerpen und vielleicht sogar einen dritten in Brügge zu erobern; die christlichen Demokraten rechnen mit Bestimmtheit darauf, daß ihr Parteiführer, der Abbe Daens, in Brüssel gewählt wird; sie haben sich deshalb mit den Kleinhändlern angefreundet, die ihnen die nötigen 2000 Stimmen bringen sollen. Die Merkmalen sind keineswegs in besonders günstiger Situation, obgleich sie sich als Ketter der Ordnung aufspielen. Zweifellos werden sie auch diesmal noch die Majorität behalten, denn ein allgemeiner Umschwung in den Kreisen, auf die sich der Merkmalismus stützt, ist ganz unwahrscheinlich; immerhin müssen sie ihre Brüsseler Sitze nicht nur gegen die Opposition verteidigen, sondern auch gegen die „unabhängigen Dissidenten“, eine vom Hofe unterstützte Abzweigung des rechten Zentrums, und ferner gegen die Agrarier, die eine Liste von Bauern und Gärtnern aufgestellt haben und offenbar entschlossen sind, einmal in dem schwarzen Urwald des Ultramontanismus etwas Luft zu schaffen.

Wenn sich unsere, wie wir glauben nicht allzu optimistische, Berechnung verwirklichen sollte, dann würde die nächste Kammer folgendermaßen zusammengesetzt sein:

- 37 Sozialisten
- 39 Liberale und Radikale
- 3 Christliche Demokraten
- 87 Merkmalen

Zusammen 166 Mitglieder.

Mutterohn.

Roman von Arthur Zapp.

(27. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Es war ein aus Freude und Wehmuth gemischtes Gefühl, das Otto Köster empfand, als er Konstanzes Brief erhielt. Sie schrieb im Auftrage ihres Vaters. Nach den lebenswürdigen Vorwürfen, die sie ihm über sein langes Ausbleiben machte, gab sie der Hoffnung Ausdruck, ihn am nächsten Besuchstage bei sich begrüßen zu können.

Ein heftiger Kampf entspann sich in des jungen Mannes Brust. Den ganzen Tag sann er über die Frage nach: durfte er das gastliche Haus des Kammergerichtsraths je wieder betreten, durfte er sich in die Gesellschaft ehrenwerter Menschen mischen und an ihren geselligen Freuden theilnehmen, durfte er seine besetzte Hand in die des reinen jungen Mädchens legen?

Nein, nein, er durfte nicht gehen. Doch trotz dieses Entschlusses begann er am zweiten Tage die Frage noch einmal von allen Seiten zu überdenken. Sollte er sein ganzes Leben als menschenscheuer Einsiedler vegetiren? War es nicht inkonsequent, weiter zu leben und in seinem Berufe mit ehrenhaften Leuten Verkehr zu pflegen, sich aber gesellschaftlich zu isolieren und von aller Berührung sich ängstlich zurückzuziehen.

Am dritten Tage entschloß er sich, zu gehen.

Kammergerichtsrath Göring, sowie die älteren Herren begrüßten ihn mit offen zur Schau getragener Freundlichkeit, und wenn sie es auch nicht aussprachen, er las es doch in ihren Mienen und fühlte es an ihrem Händedruck, daß sie ihm sagen wollten: Du irrst Dich, wenn Du geglaubt hast, wir achteten Dich jetzt weniger als früher. Für uns bist Du der alte.

Im wesentlichen wird die Zusammensetzung sogar sicher dieser Aufstellung entsprechen. Danach würde also die katholische Partei zwar die Mehrheit, aber eine merklich geschwächte Mehrheit bewahren.

Die sozialdemokratische Partei legt jetzt Zeugniß ab von ihrer moralischen Stärke; ihre Wahlbewegung ist bereits im flotten Gange und angesichts von so viel Hingabe und Opfermuth kann man sich nur sehr schwer vorstellen, daß diese Partei soeben eine Niederlage erlitten hat. Diese Niederlage ist bereits vergessen worden, und wenn man noch daran denkt, so mit dem Wunsche, daß es bald gelingen möge, Rache zu nehmen. Die sozialdemokratische Partei zieht mit der Ueberzeugung in die Wahlschlacht ein, daß sie ihre Mandate in der Kammer und damit zugleich ihre Stärke und ihren Einfluß im Lande vermehren wird.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. In der Schuhfabrik von Preuß u. Möbius in Meissen sind wegen Maßregelung Differenzen ausgebrochen. Arbeitsangebote nach Meissen sind deshalb zu vermeiden. — In Laibach sind wegen Lohn Differenzen die Bau- und Möbelfabrikanten in den Streik eingetreten. — Die Weber in Enschede (Holland) haben die von der Firma gestellten Bedingungen zur Wiederaufnahme der Arbeit mit 1197 gegen 182 abgelehnt. Die Firma wollte 20 Weber dauernd von der Arbeit ausschließen und außerdem besteht sie auf die Lohnreduktionen für die Deckenweber. — Die baugewerblichen Arbeiter im Haag haben beschloffen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Sie haben eine Niederlage erlitten, die, wie „Het Volk“ urtheilt, dem Mangel an der nötigen Vorbereitung und an Geldmitteln hauptsächlich zuzuschreiben ist.

Statistisches aus dem Kupferschmiedegewerbe. Vom Vorstande des Unterstützungsvereins der Kupferschmiede Deutschlands ist unter obigem Titel eine Broschüre herausgegeben worden, welche einen Einblick in den Beruf und die Lage der Kupferschmiede gewährt. Die Erhebungen, welche der Statistik zur Grundlage dienen, haben sich nur auf 711 Betriebe erstreckt, obwohl es deren 3514 nach der Berufszählung von 1895 geben soll. Von 711 Betrieben sind 471 als Hauptbetriebe bezeichnet und in 240 ist die Kupferschmiederei Nebenbetrieb. In den 711 Betrieben wurden 3237 Kupferschmiedegesellen beschäftigt; davon waren alt unter 20 Jahre 282, sodann in Perioden von 5 zu 5 Jahren, mit Ausnahme der sechsjährigen Periode von 20—25 Jahren, die 708 zählte, waren im Alter von 26—30 Jahren 602, von 31—35: 492, von 36—40: 303, von 41—45: 230, von 46—50: 230, von 51—55: 114, von 56—60: 46, und 37 Personen über 60 Jahre. Wie viel von den 37 alten Knaben über 70 Jahre alt sind, ist leider nicht angegeben. Von den 3237 Kupferschmiedebetrieben waren 2365 organisiert, und zwar gehörten dem Unterstützungsverein der Kupferschmiede 2269 an. Die Arbeitszeit wurde in 664 Betrieben festgesetzt und betrug in 3 Betrieben 8 Stunden, in 9 Betrieben 8 1/2 Stunden, in 17 Betrieben 9 Stunden, in 31 Betrieben 9 1/2 Stunden, in 14 Betrieben 9 3/4 Stunden, in 494 Betrieben 10 Stunden, in 7 Betrieben 10 1/4 Stunden, in 24 Betrieben 10 1/2 Stunden, in 64 Betrieben 11 Stunden und in 3 Betrieben sogar noch 12 Stunden. Es wird also in fast drei Viertel aller Betriebe 10 Stunden gearbeitet. Die Löhne sind recht verschieden, es giebt Kupferschmiede, die Stundenlöhne von unter 20 Pf. erhalten, aber auch solche, die mit 70 Pf. pro Stunde entlohnt werden. Die Zahl der in den 711 Betrieben ermittelten Bechrlinge betrug 911 und zwar wurde die größte Zahl in den Kleinbetrieben gefunden. Eine große Anzahl von Mißständen in den einzelnen Betrieben wird in der Broschüre angeführt, aber auch von solchen Betrieben wird berichtet, wo die Kupferschmiede einigermaßen menschenwürdige Zustände er-

rungen haben. Die Broschüre wird den Kupferschmiedebetrieben als vorzügliches Agitationsmittel dienen.

Die Genossenschaftswebererei in Cunevalde. E. G. m. b. H., soll auf Antrag der Verwaltung liquidiert und nach allmältiger Veräußerung des beträchtlichen Waarenlagers, die bis zum Herbst vielleicht erfolgt sein kann, aufgelöst werden. Die Gründung ist bekanntlich eine Folge des Cunevalder Weberstreiks. Die gehegten Erwartungen und Hoffnungen sind nicht in Erfüllung gegangen.

7 Mark 40 Pfennig Strafe und Kosten muß die „Augsburger Volkszeitung“ bezahlen, weil sie ohne polizeiliche Erlaubniß zu Sammlungen für die belgischen Genossen aufgefördert hat.

Genossenschaftsrestaurant einer Gewerkschaft. In Genua (Italien) hat die Gewerkschaft der Hafenarbeiter, Kohlenträger u. ein eigenes Genossenschaftsrestaurant gegründet. Durch Einzahlung einer nicht allzu hohen Summe erhalten die Mitglieder in dem Restaurant eine billige, gute Verpflegung.

Gewinnbetheiligungsexperimente. In England wurde bis ins Jahr 1901 insgesammt in 194 Betrieben die Gewinnbetheiligung eingeführt, doch wurde sie in 99 Fällen wieder abgeschafft, während für 13 Fälle keine Information erhältlich war. In 82 Betrieben, die die Gewinnbetheiligung beibehielten, waren im letzten Jahre 54 020 Arbeiter beschäftigt. Die Dauer der Geltung der eingeführten Systeme beträgt für die derzeit in Kraft stehenden durchschnittlich 11 1/2, für die wieder aufgehobenen durchschnittlich 5 1/2 Jahre. Die Höhe der Gewinnanteile der Arbeiter schwankte in den letzten Jahren zwischen 4 und 6 1/2 Prozent ihrer Jahreslöhne. — Die Leiter zum sozialen Frieden ist für ein Arbeiterleben etwas zu lang.

Die „Niederländische Vereinigung des Eisen- und Straßenbahn-Personals“ hat dieser Tage ihre Jahresversammlung zu Arnheim abgehalten. Vertreten waren 23 Abtheilungen der Organisation mit zusammen ca. 2000 Mitgliedern. Beschlossen wurde unter Anderem, den internationalen Transportarbeiter-Kongreß in Stockholm zu beschicken.

Der Verband schweizerischer Konsumgenossenschaften besteht gegenwärtig aus 129 Organisationen mit 96 482 Mitgliedern und 35 1/2 Millionen Franken Jahresumsatz.

Die neue sozialdemokratische Kantonsrathsfraktion in Bern besteht aus 15 Mitgliedern, während vorher nur 10 Sozialdemokraten im Kantonsrath saßen. Dazu ist zu bemerken, daß infolge der Volksvermehrung die Zahl der Kantonsräthe von 212 auf 234 gestiegen ist, so daß die Sozialdemokraten von den neuen 22 Sitzen 5 gewonnen haben und ihr relativer Antheil von 5 auf 6 Prozent gewachsen ist.

Der Sozialismus in Japan. Das Organ der Sozialdemokratie Japans, die „Labor World“ („Welt der Arbeit“), erscheint jetzt wöchentlich in der Form einer Zeitschrift. Von den 56 Seiten dieser Zeitschrift sind drei in englischer, der Rest in japanischer Sprache abgefaßt. Seitens der sozialistischen Partei war auch die Herausgabe einer Tageszeitung versucht worden. Sie hat aber nach einmonatigem Erscheinen wieder aufgehört zu existieren, weil sie von den Behörden zu sehr bedrängt wurde. Die Agitation der Sozialisten wird nichtskontinuierlicher mit großem Eifer fortgeführt, namentlich wird für die Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts gekämpft. Mit der hohen Obrigkeit steht die sozialistische Partei Japans auf dem gespanntesten Fuße; Anlagen, Versammlungsverbote und sonstige Schikanen sind auch in Japan die Mittel, mit denen die Regierung glaubt, einer Kulturbewegung Herr zu werden. So sollten, z. B. am 3. April in Tokio drei große Versammlungen stattfinden. Sie wurden aber vom Minister des Innern verboten.

Nur seine speziellen Freunde, die Herren v. Markwald und Wattenfeld, legten eine auffallende Veränderung ihres Benehmens ihm gegenüber an den Tag. Sie begrüßten ihn kalt, mit förmlicher Verbengung, als wäre ihre Bekanntschaft mit ihm immer nur ganz oberflächlich gewesen und als wollten sie von vornherein jeder Annäherung vorbeugen.

Konstanze Göring war die Einzige, die den nach langer Pause wieder erschienenen Gast genau ebenso empfing wie früher. Das feinfühlig junge Mädchen wollte ihn auch nicht einmal durch eine merklichere Freundlichkeit an das Unangenehme erinnern, welches hinter ihm lag. Sie plauderte mit ihm so unbefangen, als wäre nichts geschehen, und als wäre in ihrem gesellschaftlichen Verkehr nicht die mindeste Störung gewesen. Freilich, hin und wieder stahl sich, ohne daß sie sich dessen recht bewußt gewesen wäre, ein warmer Blick zu ihm hinüber, der ihre Genugthuung, ihn wieder zu haben, und ihrer Sympathie für ihn deutlich Ausdruck gab.

Konstanzes taktvollem und zugleich warmblütigem Wesen war es zu danken, daß Otto die peinliche Befangenheit, welche ihn anfangs in ihren Banden gehalten hatte, endlich überwand und ein paar schöne Stunden verlebte, wie seit langer Zeit nicht. Von da ab wurde Otto Köster wieder ein regelmäßiger Gast im Hause des Kammergerichtsraths. In der Nähe Konstanzes wich alles von ihm, was seine Seele bisher gequält und bedrückt hatte. Die bösen Geister hatten in ihrer Nähe keine Macht über ihn. Sobald ihre Worte an sein Ohr tönten, ihre Hand die seine berührte, verfloß alles, was ihm das Leben zur Marter gemacht hatte, wie ein böser Spuk vor dem aufbrechenden Tageslicht.

Auch außerhalb des Hauses traf Otto häufig mit Konstanze Göring zusammen, so auf den großstädtischen Ballen, auf dem Fußball und auf dem Preßball. Viel ungenügender und herzlicher aber als hier im hellen Saale, im

Gewühl einer lebhaft durcheinander schwagenden und lachenden, sich drängenden Menge konnte man auf der Eisbahn plaudern. Da konnte man sich unbemerkt in die Augen schauen, die Hände drücken und den Empfindungen Raum geben, die Herz zum Herzen zogen.

Und dort war es auch, wo eines Tages das Gefühl in dem jungen Mann überloß, und wo er von Konstanze Göring das Geständniß der Liebe erhielt.

Dem jungen Brautpaar verfloßen die Tage in ungetrübtem Glück. Wohl regte sich in Otto, wenn er allein war, zuweilen ein leichtes Gefühl von Bangigkeit, und eine warnende Stimme rief ihm zu: „Darfst Du das Schicksal dieses schuldlosen reinen Geschöpfes an dein schuldbeladenes Leben fetten?“ Aber die Selbstliebe und das Sehnen seines Herzens nach Glück und Freude gaben ihm eine ganze Anzahl von Gründen ein, mit denen er sich selbst zu entschuldigen suchte.

Eines Sonntag-Vormittags fuhr Otto mit seiner Braut nach der Rügener Straße hinaus, um sie mit seinen Eltern bekannt zu machen. Der alte Köster empfing seine Schwiegertochter mit einer aus respektvoller Bewunderung und väterlichem Wohlwollen gemischten Empfindung, und er konnte auch während der ganzen Dauer des Besuchs eine gewisse Zurückhaltung nicht überwinden. Frau Köster aber kam sehr rasch mit ihrer Schwiegertochter in ein herzliches, zwangloses Plaudern. Sie hatten ja einen Berührungspunkt, in dem sich ihre Herzen fanden und eins wußten: in der zärtlichen Liebe zu Otto. Seine Jugend war ein Thema, das beide gleich stark interessirte, und das die eine zu unerhörten Mittheilungen, die andre zu angepaunter Aufmerksamkeit anregte. Eine Stunde verschwand im Fluge, und als sie sich trennten, war Frau Köster überzeugt, daß Otto die rechte Wahl getroffen, und daß Konstanze Göring des Geschickes seiner Liebe nicht unwürdig sei.

Die Empfindungen, die in der jungen Braut der Besuch bei den Eltern ihres Bräutigams zurückgelassen hatte, drückten

Der Zug in die Städte. Auch aus der Volkszählung vom 1. Dezember 1900, deren Resultate jetzt vollständig vorliegen, im Vergleich mit der vom Dezember 1895 zeigt sich ein erhebliches Anwachsen der Gemeinden mit mehr städtischer Bevölkerung. Während die Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches in dem angegebenen Zeitraum um 1,50 Proz. gewachsen ist, ist die Bevölkerung in Gemeinden und Wohnplätzen mit mehr als 2000 Einwohnern, die die Statistik zu der „städtischen“ Bevölkerung rechnet, um 2,63 Prozent gestiegen, die Bevölkerung in den Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern, die „ländliche“ Bevölkerung, nur um 0,25 Prozent. Von 100 Einwohnern der Gesamtbevölkerung entfielen auf die städtische Bevölkerung im Jahre 1895: 51,4, im Jahre 1900: 54,3 Personen; von 100 Einwohnern der Gesamtbevölkerung entfielen auf die ländliche Bevölkerung im Jahre 1895: 48,6, im Jahre 1900 nur 45,7 Personen. Die Bevölkerung der städtischen Gemeinden hat mithin seit dem Jahre 1895 zehnmal so stark zugenommen, wie die der ländlichen Gemeinden. Dieses große Wachstum der städtischen Bevölkerung, welches das der gesamten deutschen Reichsbevölkerung um mehr als 1 Prozent übertrifft, ist aber nicht auf eine Vermehrung der betreffenden Bevölkerung durch besonders großen Geburtenüberschuss zurückzuführen, sondern ganz wesentlich durch den starken Zugzug zu erklären, den die städtischen Gemeinden aus den ländlichen erfahren haben. Dabei ist nicht außer Acht zu lassen, daß von den Gemeinden, die unter 2000 Einwohner haben, sehr viele, insbesondere solche in der Nähe von großen Städten und Industriemittelpunkten, durchaus kein ländliches Gepräge tragen, sondern eigentlich zu den städtischen Ortsgemeinden gerechnet werden müssen, während andererseits von den Gemeinden, die über 2000 Einwohner haben, verhältnismäßig wenige mit einem Rechte als ländliche gelten können. Die Verhältnisse verhalten sich also noch etwas zu Ungunsten des ländlichen Landes. Von agrarischer Seite wird natürlich auch diese Statistik wieder dazu benutzt, für höhere Getreidepreise Stimmung zu machen, ohne jeden Sinn und Verstand. Wie die ländliche Bevölkerung von einem rückständigen Agrarierthum geradezu in die Städte getrieben wird, das ist hundertmal an Hunderten von Beispielen dargethan worden.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. In Göttingen tödtet ein Arbeiter im Streite seine große Schwiegermutter, indem er ihr in der Wuth an der Stuhllehne das Rückgrat brach. Der Mörder wurde verhaftet. — Auf der Hochzeitsreise ertranken in ein junges Ehepaar, der Kaufmann Hermann Bodewig aus Düsseldorf und Frau. Beide hatten nach ihrer Ankunft April erfolgten Vermählung eine Reise nach dem Süden angetreten. Jetzt ist aus Nizza die Nachricht eingetroffen, daß Beide während einer Kahnfahrt in der Bucht des Ligurischen Meeres ertrunken sind. Näheres über den beklagenswerthen Vorfall konnte noch nicht ermittelt werden. — Aus Speyer wird gemeldet: Am Abend des 15. Mai erfaßte der Germersheimer Personenzug am Bahnübergange der Schützenstraße einen Hochzeitswagen mit acht Insassen, vier davon wurden sofort getödtet, eine Person wurde leicht verletzt. Das Brautpaar ist zwar gerettet, doch wurde der Bräutigam am Fuß verletzt; die Braut ist anscheinend wahnsinnig geworden. Kaiser und Pferde wurden leicht verletzt. — Eine neue Art zu schmuggeln wurde in diesen Tagen von den russischen Zollbeamten in Wladivostok (Polnisch-Korea) entdeckt. Es war aufgefallen, daß zwei Stadtfahrer unverhältnismäßig häufig die Grenze von Preußen her passirten; endlich wurden sie angehalten und durchsucht. Das Resultat war ein äußerst überraschendes. In den Pneumatik der Fahrräder fanden sich nicht unbedeutende Mengen von Flußeisenerz. Konfiskation der Fahrräder und hohe Zollstrafen war das Loos der Räuber, welche die neuzeitliche Erfindung der Pneumatik dem Schmuggel dienlich gemacht hatten. — Die anhaltende Dürre in ganz Australien mit Ausnahme der Küstengebiete verursacht große Verlorenheiten. Die Viehbestände erleiden bereits große Verluste und weit größere werden noch befürchtet.

Wilhelm Raabe und Herr Studt. Nach der „Schlesischen Zeitung“ hat der preussische Kultusminister angeordnet, daß jedem Oberpräsidenten eine Anzahl gebundener Exemplare der nachbezeichneten Schriften von Wilhelm Raabe: „Chronik der Sperlingsgasse“; „Ein Frühling“;

„Halb Mähr, halb mehr“; „Der Hungerpastor“; „Pflügers Mühle“; „Gesammelte Erzählungen Band 2“ zugehellt werden, die an Volksbibliotheken weitergegeben werden sollen. Dazu wird aber in der ministeriellen Verfügung bemerkt: „Beden des ausgesprochen evangelischen Charakters der Schriften Raabes empfiehlt es sich, sie nur an Volksbibliotheken mit einem ausschließlich evangelischen Leserkreise zu vertheilen.“ — Weiter kann die Rücksichtnahme auf das regierende Zentrum wohl nicht getrieben werden. In der Presse wird bei dieser Gelegenheit an das Verbot erinnert, das einst Minister v. Köller im Reichstage über Gottfried Keller's „Romeo und Julia auf dem Dorfe“ fällte. Die Abkämpfung Wilhelm Raabes zum konfessionellen Dichter ist in der That ein passendes Seitenstück dazu.

Das Ende eines Soldaten. Eine ungewöhnliche Verhaftung, nämlich eine förmliche Belagerung der Wohnung eines Deserteurs, wurde dieser Tage, nach der „Wiener Arbeiter-Zeitung“ in Laibach vorgenommen. Der Infanterist Johann Kaspar des Infanterie-Regiments Nr. 17 hatte sein Regiment aus Heimweh verlassen und sich zu seiner Mutter nach Laibach begeben. Der Soldat, der in der Kaserne ein Inadrenantes Benehmen an den Tag legte, hatte seinen Kameraden gegenüber immer gesagt, daß er ohne seine Mutter nicht aushalte. Als die Polizei erfuhr, daß sich Kaspar bei seiner Mutter in Laibach aufhalte, begab sich Wachtmeister Breznit dahin. Als der Wachtmeister vor dem Hause Einlaß begehrte, feuerte der Deserteur aus dem Fenster eine Kugel auf ihn ab, ohne ihn zu treffen. Der Wachtmeister holte Sulfursäure, aber der Deserteur weigerte sich nicht nur zu öffnen, sondern er feuerte auch Schreckschüsse aus dem Fenster in die Luft ab. Dann stellte er sich, eine Zigarre rauchend, ans Fenster und sah höhnisch lachend auf die Polizeimannschaft und auf die große Menschenmenge, die sich inzwischen vor dem Hause angesammelt hatte. Solle drei Stunden dauerte diese Belagerung, denn die Polizei wollte von den Waffen gegen den gewaltthätigen Deserteur womöglich keinen Gebrauch machen. Dagegen wurde militärische Affizienz requirirt und das weitere Verhalten gegen den „Belagerten“ der Militärpatrouille überlassen. Diese rückte heran, als der Deserteur gerade faule Eier auf die Menge warf. Als der Deserteur der vielen Bajonette ansichtig wurde, änderte er sein Verhalten. Er öffnete die Thür — und stürzte rückwärts vor den Füßen der eintretenden Soldaten nieder; er hatte sich unmittelbar vor dessen der Thüre eine Kugel durch die Brust gejagt. Tödtlich verletzt wurde er ins Garnisonsspital gebracht.

Die Erfindung des Gasglühlichts ist eine der wichtigsten Erfindungen der neuesten Zeit und gleichzeitig interessant durch die Art und Weise, wie sie zu Stande kam. Der Erfinder, Dr. Carl Auer v. Welsbach, hat sich kürzlich, wie die „Köln. Zig.“ mittheilt, selbst über den Weg ausgesprochen, den er dabei gegangen ist. Zu Anfang der achtziger Jahre beschäftigte er sich mit der chemischen Untersuchung einiger seltener Erden. Als er bei dieser Gelegenheit Erbinder in der Flamme zum Glühen brachte, fand er, daß sie grünes Licht ausstrahlte. Er wollte dieses spektroskopisch untersuchen, allein als es in der üblichen Weise am Platindrath zum Glühen gebracht war, wurde das ausgestrahlte Licht zu schwach. Dr. Auer kam nun auf den Einfall, Erbsenkerne von einem Baumwollgewebe aufzufangen zu lassen und dieses zu veraschen. Das ausgestrahlte Licht erwies sich nun als erheblich intensiver, aber die Sache hatte nur ein theoretisches Interesse. Etwas später untersuchte Dr. Auer eine andere seltene Erde, das Lanthan, und fand; daß dieses weit mehr Licht ausstrahlte, allein das Nischensteil aus Lanthanoxyd zerfiel sehr rasch in Staub. Das starke Lichtstrahlungsvermögen festsetzte aber das Interesse des Dr. Auer, der jetzt allmählich an eine praktische Verwerthung desselben dachte. Er benutzte Zirkonverbindungen als Glühkörper und konnte die Brenndauer der letzteren auf mehrere hundert Stunden erhöhen, allein erst als Thoroxyd den seltenen Erden beigefügt wurde, zeigte sich der charakteristische starke Leuchteffekt. Inzwischen gelang damals die Einführung des Glühlichts noch nicht, und eine darauf begründete Fabrik mußte wieder eingehen. Weitere Untersuchungen, mit denen sich Dr. Auer Anfangs der neunziger Jahre beschäftigte, lieferten das merkwürdige Resultat, daß thorhaltige Glühkörper um so weniger intensiv leuchteten, je öfter das Präparat gereinigt worden war. Der Erfinder schloß daraus, daß in seinen Glühkörpern außer dem Thorium noch ein anderer Körper vorhanden sein und dieser der Hauptlicht-

erzeuger sein müsse. Dies erwies sich als richtig, und es zeigte sich, daß das Cerium dieser Körper ist. Weitere Versuche ergaben, daß eine Mischung von 99 Theilen Thoroxyd mit 1 Theil Ceroxyd die intensivste Lichtwirkung ergibt, und diese Mischung wird bis heute bei der Herstellung der Glühkörper benutzt.

Zehn Gebote für Kinder. In den städtischen Schulen der italienischen Stadt Reggio Emilia, deren Stadtverwaltung in Händen der Sozialisten liegt, ist unter den Kindern ein Erinnerungsblatt an das Pfaffen vertheilt worden. Es enthält folgende zehn Gebote:

Liebe deine Schulfährten, die die Arbeitsgefährten deines Lebens sein werden.

Liebe die Belehrung, die das Brod des Geistes ist: sei dankbar deinem Lehrer wie deinem Vater und deiner Mutter.

Du sollst alle Tage heiligen durch gute und nützliche That, durch eine freundliche Handlung.

Du sollst die guten Menschen ehren, alle Menschen achten, dich vor Niemandem beugen.

Du sollst keinen Menschen hassen, keinen beleidigen, dich nicht rächen; aber du sollst dein Recht vertreten und dem Uebermüthigen widerstehen.

Du sollst nicht feig sein. Sei ein Freund der Schwachen und liebe die Gerechtigkeit.

Sei eingedenk, daß alle Güter der Erde von der Arbeit stammen; wer sie genießt, ohne zu arbeiten, der stiehlt dem Arbeitenden sein Brod.

Beobachte und denke nach, um die Wahrheit zu erkennen. Glaube nichts, was der Vernunft widerspricht, täusche weder dich selbst noch Andere.

Denke nicht, daß Der das Vaterland liebt, der die andern Völker haßt oder verachtet oder den Krieg wünscht, der ein Ueberrest des Barbarenthums ist.

Wünsche vielmehr den Tag herbei, an dem alle Menschen als freie Bürger eines Vaterlands in Frieden und Gerechtigkeit als Brüder leben werden.

Der Junker im Spiegel des Volksmunds. Wie das Reh für den Wolf, so hatte der unterdrückte und ausgefogene Bauer von jeher die „richtige Witterung“ für seinen Herzensfreund, den Junker. Wir brauchen nur nachzuschlagen in dem Sprichwörtertschatz des Volkes, diesem unerschöpflichen Quell des gesunden Menschenverstandes und natürlichen Wises, um jene Wahrheit voll und ganz bestätigt zu finden. Wenn die Junker unserer Tage sich so gern als „Freunde des kleinen Bauern“ und „Wohltäter des armen Tagelöhners“ aufspielen, dann sollte man ihnen immer und immer wieder unter die Nase reiben, was dieser Bauer und dieser Tagelöhner von jeher über ihre „edelgeborenen Herren“ gedacht haben. Hier eine kleine Blütenlese von Volksprüchlein, welche die wahre Meinung des Volkes über die „Edelsten der Nation“ unzweifelhaft genug offenbaren.

Kleider aus, Kleider an,
Essen, Trinken, schlafen gahn,
Ist d' Arbeit, so die großen Herren han!
Unter Rußbäumen und Edelreuten kommt kein Kraut gut auf.
Haßt du einen Edelmann zum Meier,
Bekommt du weder Hacht, noch Hühner, noch Eier.
„Mit Erlaubniß!“ sprach der Edelmann und nahm dem Bauer die Kuh aus dem Stalle.
Edel ist gar viel mehr,
Als adelig sein von den Eltern her.
Je größer der Junker,
Je kahler der Junker.
Die Bauern fürchten nichts so sehr, als daß den Junkern die Kofse sterben, sonst würden sie die Bauern mit Sporen retten.
Geh' mal ins Weinhaus
Und such' einen adeligen Schädel heraus!
Als Adam grub und Eva spann,
Wer war denn da der Edelmann?
Bei großer Herren Händeln müssen die Bauern Haare lassen.
Edelleute und Hunde lassen die Thür auf.
„Schön!“ sagt der Bauer, wenn der Edelmann Schläge kriegt.
Der Herren Sünde, der Bauern Dufte.

und seine Blitze prüfend in dem ganzen Raum umherschweifend lassend, sagte er: „Wie geht's Geschäft, Karl?“

„Ich kann nicht klagen,“ entgegnete dieser. „Es könnte schlechter gehen. Man muß zufrieden sein. Den Kommerzienraths-Draum habe ich freilich aufgegeben. Ich arbeite in einem bescheidenen Maßstabe, man bringt eben seine Familie anständig durch. Das ist vorläufig alles.“

Otto legte dem Bruder seine Rechte auf die Schulter. „Wenn Du nur nicht ein so närrischer Kauz wärest,“ rebete er ihn in einem erzwungenen munteren Ton an, „ich habe Dir's schon einmal angeboten. Wenn Du Deinen Betrieb vergrößern willst, das Geld steht Dir gerne zur Verfügung.“

Karl machte eine abwehrende Geste mit der Hand und schüttelte stirnrunzelnd den Kopf. „Das doch das!“ sagte er ablehnend, „Du weißt, ich will nichts davon wissen.“ Und um dem Gespräch eine andere Wendung zu geben, fügte er hinzu: „Es wird wohl eine glänzende Hochzeit werden?“

Werkwürdigerweise veranlaßte diese Frage den andern, einen leisen Seufzer hören zu lassen. „Jawohl,“ sagte er mit einer Miene, als wenn er eine Trauerbotschaft mittheilte, „es wird eine ganze große Sache werden. Die ganze Verwandtschaft meines Schwiegervaters wird vertreten sein, größtentheils von außerhalb. Ein Oberst, ein Staatsanwalt, ein Regierungsrath und so weiter. Dazu eine große Anzahl von hiesiger Kollegen. So gemüthlich, wie's bei Deiner Hochzeit war, wird's nicht werden. Ein bißchen förmlich und feierlich wird's wohl zugehen. Ich weiß, daß Dir dergleichen ein Grauel ist, und deshalb will ich keinen Zwang auf Dich ausüben, Karl, wenn es Dir kein Vergnügen macht und Du nur . . . nur kommst aus Rücksicht auf mich, so . . . so . . .“

(Fortsetzung folgt.)